

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

158 (11.7.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassettensystem monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.80 M., halbjährlich 8.40 M., jährlich 15.60 M., durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/31 und 2-1/36 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 25 S., zugl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 1/28-1/31 und 2-1/36 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451. Aufträge nachm. zwor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Götz & Cie., Karlsruhe.

Zur Einigung der Sozialdemokratie.

Von Dr. D. P. Dufz, Heidelberg.

Immer stärker regt sich in den Massen der Wunsch nach einer Einigung der sozialistisch gesinnten Teile des Volkes. Es ist dies ein Bestreben, das von jedem deutschen Sozialisten gefördert werden muß, schon deshalb, weil es eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus begründet. Alle geistigen Kräfte des Sozialismus müssen in den Dienst dieser Bewegung gestellt werden.

Wir danken es vor allem Eduard Bernstein, dem erprobten deutschen Vorläufer des internationalen Sozialismus, daß er in der gegenwärtigen Zeit der Parteierkämpfung und des mit ihr verflochtenen Kampfes gegen die sozialistischen Brüderkämpfer durch die Schöpfung einer „Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie“ unentwegt an der Überbrückung der Gegensätze zu arbeiten versucht. Da in diesen Tagen in Berlin der erste von Vertretern der sozialistischen Richtungen beidseitig konstituierte, der die Möglichkeiten der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront beriet und bei der Schwierigkeit dieser Aufgabe fürs erste selbstverständlich nicht viel über eine engere Fühlnahme hinauskommen konnte, ist es geboten, an der Förderung dieser Bestrebungen durch die Schöpfung einer „Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie“ unentwegt an der Überbrückung der Gegensätze zu arbeiten versucht. Da in diesen Tagen in Berlin der erste von Vertretern der sozialistischen Richtungen beidseitig konstituierte, der die Möglichkeiten der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront beriet und bei der Schwierigkeit dieser Aufgabe fürs erste selbstverständlich nicht viel über eine engere Fühlnahme hinauskommen konnte, ist es geboten, an der Förderung dieser Bestrebungen durch die Schöpfung einer „Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie“ unentwegt an der Überbrückung der Gegensätze zu arbeiten versucht.

Es soll nun im folgenden verurteilt werden, einige leitende Gesichtspunkte, die in der Einigungsfrage nicht außer Acht gelassen werden können, in den Vordergrund zu stellen. Da ist zunächst die von ganz links immer wieder propagierte, aber in ihren Konsequenzen für den Sozialismus sehr wenig durchdachte politische Rätepolitik ganz abzuhaken, auch dann, wenn sie mit dem an sich richtigen Argument der Berücksichtigung des Behormungsbegriffes zur Erzielung wirklicher Demokratie begründet wird, nicht nur wegen ihrer terroristischen Natur, sondern gleichermassen wegen der ganz verheerenden Wirkungen, die sich daraus für die Rettung und für die Verwaltung eines so ungeheuer komplizierten Verbandes, wie ihn ein moderner Staat darstellt, ergeben. Es ist einfach ein Verzicht, zu glauben, daß die Räte inländisch wären, das technische und fachliche Können der bürgerlichen Spezialisten, Beamten und Intelligenz zu ersetzen oder gar für überflüssig zu halten. Mit den Realitäten muß gerechnet und das Leben von Generationen darf nicht geopfert werden für Experimente, von denen man nicht einmal wissen kann, daß sie ein mit Sicherheit zum Sozialismus führender Weg sind. Wenn es in Russland durch die Räteherrschaft so weit gekommen ist, daß weite Strecken des russischen Bodens an die größte Kapitalmacht der Welt verpfändet sind und der mit so genialen Führereigenschaften begabte Diktator Lenin den Kapitalismus so gründlich zertrümmert hat, daß er entgegen seinem Prinzip gezwungen ist, den Unternehmern Riesengehälter zu zahlen und die alten Methoden einer rücksichtslosen Arbeitsdisziplin beizubehalten, so achtet schon ein gerichtetes Maß von Unkenntnis oder Frivolität dazu, das russische Räteprogramm zur sofortigen Einführung in Deutschland zu empfehlen. Es ist daher ganz ausgeschlossen, daß mit den deutschen Sozialisten dieser Richtung über die Grundlagen der Einigung mit Erlaß verhandelt werden kann. Auf den höchsten Übergang der Produktionsmittel und der politischen Macht von einer Klasse auf die andere ist — zumal in einem Zeitpunkt des volkswirtschaftlichen Zusammenbruchs — eine neue sozialistische Ordnung nicht zu errichten. Sie kann nur aus dem Boden der Demokratie erwachsen und aus jenem sozialistischen Gemeinheitsgefühl, auf dem das Volk innerlich erst vorbereitet werden muß. Niemals wird die politische Diktatur im Stande sein, die tief in dem Bewußtsein eines mündigen Volkes verankerten Kräfte der Demokratie zu vergraben. Die mehr als alles andere notwendige Einheitsfront des Sozialismus gegen die noch lange nicht erledigte Macht der Reaktion und deren Christenstumpfen gegen die Verwirklichung des Sozialismus ist nur dann gesichert, wenn die gesamte Sozialdemokratie vorbehaltlos an den Grundgedanken der Demokratie festhält. Zu dieser Einheitsfront gehört als notwendige Voraussetzung weiter die Erhebung der parlamentarischen Vertretungsmethode durch eine Politik des gegenseitigen Vertrauens, die ohne jede Verkleinerungsabsicht offen das bekennt, was eine sozialistische Einheitsfront heute erreichen will und kann.

Das wirtschaftliche Aktionsprogramm muß von dem Zeitpunkt an wirken sein:

Welche Maßnahmen sind zu ergreifen und durchzuführen, um die arbeitenden Massen des Volkes von der kapitalistischen Verdrängung zu befreien und die sozialen Ungerechtigkeiten auszuräumen, die ein Hemmnis der sozialen Gemeinschaft unseres Volkes bedeuten?

Wie im politischen, so muß auch im wirtschaftlichen Bereich die Alleinherrschaft der Arbeiter abgelehnt werden. Es kann sich nicht nur darum handeln, die Institution der Betriebsräte auszubauen, das den Arbeitern nicht nur die Herrschaft über sein Arbeits- und Berufsgebiet erhält —

wie das vor allem von Professor Alfred Weber vertreten wird, sondern mehr noch, daß er durch die Betriebsräte in die Machtposition gelangt, die über das Mitbestimmungsrecht in den Lohn- und Arbeitsfragen und das Recht des Widerstands bei Entlassungen hinaus die Arbeit für das Kapital tatsächlich zu erziehen vermag durch eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. Eine solche Betriebssozialisierung, die freilich Hand in Hand gehen muß mit einer klugen Ueberführung der in produktionsbedingter Hinsicht sozialisierungsreifen Großindustrie in die Gemeinwirtschaft und einer Bestandsleistung des Landwirtschaftlichen Bodens durch Aufteilung der großen Güter, ist zu erreichen, wenn die Arbeiterchaft in der Verfolgung dieses Ziels zusammensteht; sie kann als ein Grundpfeiler des deutschen Wirtschaftsaufbaus zur kulturellen Weltmission des deutschen Sozialismus werden, wenn das handarbeitende und das geistige Proletariat sich den großen, hier zu bewältigenden Anforderungen gemessen zeigt. Denn die ganze Frage der Schöpfung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung steht in engem Zusammenhang mit der Frage der geistigen Erziehung der Massen und ihrer Erziehung zur Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft. Deshalb wird die Einigungsbewegung gerade von dieser geistigen Gesamtaufgabe der sozialistischen Parteien ausgehen müssen, welche die Frage der Ueberwindung der Klassengegensätze am Wurzelpunkt trifft, nämlich von der Sozialisierung der Bildung. So wenig dieses Ziel von heute auf morgen erreicht werden kann, so sehr kann der Wille zu seiner Durchföhrung mit der endlichen Schöpfung der Einheitsfront in der deutschen Republik befristet werden.

Rückbeförderung der Gefangenen.

Brüssel, 10. Juli. Die französische und belgische Regierung haben Vorkehrungen getroffen, damit der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen sich ohne Störung abwickeln kann. Die Flüge werden, wenn die allgemeinen Abtransporte zusammengefaßt sind, vorwiegend zur Nachtzeit die Sammelstationen verlassen und die französisch-belgische Zone auch Nachts passieren, damit die Gefangenen möglichst unbehelligt von der Bevölkerung bleiben.

Berlin, 10. Juli. Wie der „Secolo“ meldet, wird der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Italien, die etwa 68 000 Mann betragen am 25. Juli beginnen. Die italienischen Eisenbahnen haben zu diesem Zweck 750 Eisenbahnwagen zur Verfügung gestellt.

Berlin, 9. Juli. Von zuständiger Stelle wird erklärt: In einer von einem heiligen Mitglied gebrachten Meldung aus dem Haag ist von einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn von Versor, und dem Generalsekretär der Entente-Konferenz, Dutasta über die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen die Rede. Hierin findet sich die Bemerkung, es liege grundsätzlich fest, daß die Rückführung der Kriegsgefangenen in gleichem Maße zu erfolgen soll, in welchem die deutsche Zivilarbeiter in Frankreich zu den Wiedergutmachungsarbeiten in den zerstörten Gebieten eintreffen.

Dieser Auffassung muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Deutschland ist selbstverständlich bereit, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitzuwirken und zu diesem Zweck geschulte deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indessen nicht angängig, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgend einer Weise mit der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen. Diese hat vielmehr nach Artikel 214 des Friedensvertrages ohne Weiteres nach Inkrafttreten mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

Die Liste der Auszuwandernden.

Berlin, 9. Juli. Die Liste der an die Alliierten auszuwandernden Deutschen wird heute in einigen Blättern veröffentlicht. Man findet darunter noch den Herzog Albrecht von Württemberg (Wulfbad in Sommer), Niedermeßlungen in (Noum), General von Klud, der Frauen und Kinder vor sich hergetrieben habe, General Ohman von Sanders (Niedermeßlungen in Armenien und Spanien), Generalmajor Stenger, der am 28. August 1916 einen Armeedefehl erließ, wonach diesem Tage an keine Gefangenen mehr gemacht werden dürften, Generaloberst von Ostrowsky (Klunderung von Deynse, Erschießung von 108 Zivilisten), General von Fesny (Erschießung von 11 Einwohnern von Aelon), sowie der folgenden Gefangenenkommandanten: General Olkon (Kassel und Oberst), Leutnant Rüdiger (Mühlstein), Major von Götz (Magdeburg), Niemeyer (Holzminde) und Clausthal.

Amsterdam, 10. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Je näher der Prozeß gegen den Kaiser rückt, desto größer seien die Schwierigkeiten, auf die man stoße. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß vielleicht der ganze Prozeß aufgegeben werde. Man brauche nicht erst erlauten zu sein, wenn demnächst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne gegeben werde. In rechtlichen Kreisen sehe man die gesetzliche Unmöglichkeit des gerichtlichen Verfahrens gegen den Kaiser ein. Das gerichtliche Verfahren gegen die 11-Bootskommandanten werde ohne Rücksicht auf die Frage des Kaiserprozesses mit vollständiger Zustimmung Amerikas durchgeführt werden.

Basel, 10. Juli. Das „Echo de Paris“ meldet, daß die Prozesse gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden. Paris werde das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generale als Angeklagte zu sehen. Der Beginn der Prozesse ist für Mitte Dezember vorgesehen. Die neutrale Presse bemerkt hierzu, daß man in diesem Schauspiel eine Befriedigung der französischen Rache sucht erliden müße.

Streikbewegung in Frankreich.

Verfailles, 10. Juli. Die französischen Eisenbahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationstreik am 21. ds. Mts. zu beteiligen. Infolgedessen ist an diesem Tage von 3 Uhr vormittags an jeder Verkehr in Frankreich 24 Stunden lang stillgelegt. Durch Schiedspruch der Rostierung wurde gestern der Bergarbeiterstreik beigelegt. Die Bergarbeiter haben fast in allen ihren Forderungen gesiegt.

Franzosen und Italiener in Fiume.

Wien, 10. Juli. Das jugoslawische Pressebüro meldet aus Raibach: Die Ereignisse in Fiume nehmen erstens Charakter an. Zwischen Italienern und Franzosen ist es zu förmlichen Geiseln gekommen. Um 8 Uhr abends stürmten italienische Soldaten gemeinsam mit Italienern vor Fiume und italienischen Freiwilligen unter lebhaftem Gewehrfeuer gegen das französische Konsulat, wobei Handgranaten geworfen wurden. Ein französisches Torpedoboot eröffnete hierauf das Feuer auf die Italiener. Diese griffen alsbald fongentrich die im Hafen befindlichen Vasis für die Verjüngung der in Ungarn stehenden französischen Arme an.

Offenbar handelt es sich im Sinne der italienischen Volkswirtschaften darum, die Unterföhrung der in Ungarn stehenden französischen Truppen zu hindern. Es kam zu blutigen Straßenkämpfen. Die anamitischen Kolonialtruppen wurden in ein Magazin gedrängt und von den Italienern ausnahmslos niedergemetzelt. Ein Anamit wurde ins Meer geworfen. Vier andere wurden, obwohl sie um Gnade baten, erschossen. Die italienische Bevölkerung beteiligte sich von den Häusern aus am Kampfe. Sie jekt sind etwa 80 Tote auf französischer Seite geföhl. Während der Nacht wurde auf Samariter, die Franzosen retten wollten, geschossen.

Räterepublik in Italien?

Chiasso, 9. Juli. Wie der „Secolo“ meldet, ist in Bidente und Baano die Räterepublik ausgerufen worden. Sämtliche Wagen und Automobile, sowie die öffentlichen Gebäude wurden beschlagnahmt. Die notwendigen Bedarfsartikel wurden unter die Bevölkerung verteilt. In einer Mitteilung des Generalsekretärs Razzari erklärt sich die offizielle sozialdemokratische Partei mit den Teuerungszuschüßungen solidarisch.

Bern, 10. Juli. Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wiederaufleben der Teuerungstumulte gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen der beiden römischen Arbeitskammern mit den Behörden und Geschäftslenten gestern gescheitert, und für Rom ist der sofortige Generalfreistreich beschloßen worden. Ganz Apulien ist von der Bewegung ergriffen. Auch in Sizilien mehren sich die Aufstände. Der „Avanti“ wirbt von Truppenzusammenschüßungen.

Das Standgericht in Ungarn.

Budapest, 10. Juli. Vom Standgericht wurden von 402 Personen, welche des gegenrevolutionären Tötens am 22. Juni angeklagt waren 11 zum Tode durch Erschießen, einer zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt. Zu Zwangsarbeit wurden verurteilt, 8 lebenslänglich, 8 zu 15 Jahren, 10 zu 10 Jahren, 6 zu 5 Jahren, 5 zu 3 Jahren, 9 zu 2 Jahren und einer zu 1 1/2 Jahren.

Der Eisenbahnerstreik.

Kattowitz, 10. Juli. Die Pressajetle teilt mit: Der Eisenbahnerstreik dauert an. Die Verhandlungen gehen noch weiter, doch ist eine Einigung noch nicht erzielt. Der Zugverkehr hat noch weiter eine Einschränkung erfahren. Dem Direktor der Danziger Eisenbahn wurde diese Nacht ein Dynamitpatrone vor das Wohnhaus gelegt und zur Explosion gebracht. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Niedriger hängen!

* Anlässlich des Eisenbahnerstreiks in Berlin sagte ein Eisenbahner in einer Versammlung, daß der volle Zugverkehr, einschließlich aller Lebensmittel- und Kohlenzüge, eingestellt werden müßte. Er betonte, daß es ihm sehr wohl bekannt sei, daß darunter in erster Linie Frauen und Kinder leiden müßten, das geht aber nicht anders. Im Interesse des gesteckten Zieles (Sturz der Regierung) müsse aber auch das hingenommen werden. Ohne Einsicht kann das Spiel nicht gewonnen werden.

Die „Freiheit“ das Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie bestritt die Richtigkeit dieser Auffassung und forderte in heuchlerischer Weise Beweise dafür. Prompt diente ihm der „Vorwärts“ unter genauer Angabe von dem und wo diese rohen Worte gefallen.

Was tut aber nun die edle „Freiheit“? Anstatt eine solche niederträchtige Gesinnung zu beurteilen, zieht sie über den „Vorwärts“ her, bezichtigt ihn der Denunziation und wirft ihm vor, er hätte das journalistische Anstandsgefühl vergessen und veruche Pogromstimmung gegen unliebame Genossen zu erzeugen.

Wir glauben ja recht gerne, daß der angeführte Beweis eine bittere Pille für die „Freiheit“ Leute ist, darum auch das Geschehen. Es geht eben nichts über eine „unabhängige“ Moral.

ad
er:
und
Du-
lak-
gen,
auf-
on-
vor-
Uhr
hm.
Alle
ms-
die
net.
ier-
4598
gen
4848
II.

Der deutsche Gewerkschaftskongress.

6. Verhandlungstag. (Schluß.)

Kr. Nürnberg, 5. Juli.

In der Nachmittags-Sitzung erörtert das Korreferat Silberding-Verlin. Es ist die gemeinsame Überzeugung aller Sozialisten, daß die sozialistische Produktion der kapitalistischen Produktionsweise überlegen ist. Das Bewußtsein, daß die Arbeiter nicht mehr zu Ausbeutungszwecken verwendet wird, erhöht die Arbeitsfreudigkeit und diese bedeutet eine Erhöhung der Produktion. Wir brauchen die Mitwirkung aller in der Produktion Beschäftigten. Welche Wege kommen für die Sozialisierung in Betracht? Dafür ist Voraussetzung die Frage, welches sind die wichtigsten Kampfmittel des Kapitals? Diese sind vor allem die großen Industrien der Rohstoffe- und der Kraftgewinnung (Kohlen, Eisen etc.). Wenn wir diese in das Eigentum der Gesellschaft überführt haben, ist die Macht des Kapitals stark geschwächt. Wir können dann andere Industriezweige angliedern. So die Industriezweige für den Massenkonsum, wobei die Waren für den Luxus und Export freigelassen werden können. Den Gemeinden steht ein weites Gebiet für Sozialisierungstätigkeit offen. Sozialisiert man ferner das Versicherungs-, Hypothekensystem etc. Medner untersucht dann, ob die Ausnahme einzelner Industriezweige von der Sozialisierung berechtigt ist. Da ist zu bedenken, daß die Sozialisierung eine gewisse Übergangszeit braucht. Diese Übergangszeit läßt sich durch eine energische Sozialisierungspolitik verringern. Wenn wir in dieser Weise vorgehen, sozialisieren, dann bauen wir die sozialistische Gesellschaft auf ein starkes Fundament auf. Wie verhalten wir uns nun den einzelnen Unternehmen gegenüber, wie stellen wir uns zur Entschädigungsfrage? Wie ist für mich keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit. Wenn wir auf einmal alles sozialisieren könnten, brauchen wir nicht zu entschädigen. Heute brauchen wir die Entschädigung um den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen, und nicht zu verurteilen, daß die Unternehmer streiken. Für die Entschädigung muß aber Voraussetzung sein, eine wirkliche sozialistische Steuerpolitik. Dann werden die Kosten der Entschädigung von der Gesamtheit der Kapitalistenklasse getragen.

Bedauerlich ist, daß die Arbeit der Sozialisationskommissionen abgebrochen werden mußte infolge des Widerstandes eines bürokratischen Systems, das von der Regierung gestützt wurde. Wenn wir den Sozialismus wollen, müssen wir uns klar sein, daß die Durchführung nur durch den Besitz der politischen Macht möglich ist. Wir haben diese am 9. November noch nicht erobert. Der Revolutionsprozeß hat da erst begonnen. Die Kampffront des Proletariats ist gebrochen durch die Spaltung des Proletariats. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Einigung des Proletariats ein Prozeß ist, der unumkehrbar ist. Große Teile des Proletariats waren vor dem Krieg erfüllt mit viel zu viel bürgerlicher Ideologie. Am Ende dieses Revolutionsprozesses wird das Proletariat die politische Macht erobern und behaupten. Wir dürfen uns bei Beurteilung dieser ganzen Frage von Schlagworten nicht leiten lassen. Wir dürfen den Sozialismus nicht auffassen als materielle Frage, sondern als große Idee, die nur durch Beweiskräfte durchzuführen werden kann. (Leb. Beifall.)

Das Referat Silberding wurde teilweise bei der Mehrheit, teilweise bei der Minderheit mit Zustimmungskundgebungen aufgenommen. Eine Debatte fand nicht statt.

Der Kongress stimmte einer Resolution der Schneider zu, wonach von der Regierung beschleunigte gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimarbeit gefordert werden. Ferner wird in einer Entschließung die Ergreifung sofortiger gesetzlicher Maßnahmen gefordert, um die Bekleidungs- und Instandhaltungsämter zu erhalten, in moderne Betriebe auszubauen und in sozialistischen Sinne umzuwandeln.

Darauf spricht kurz Johann Sassenbach-Verlin über: Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Die Bundesleitung soll beauftragt werden, die damaligen gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wieder zu eröffnen und auszubauen. Mit diesen sollen Lehrkräfte verbunden sein. Für die gewerkschaftlich arbeitenden Genossen sind ebenfalls Kurse einzurichten. Die Vorschläge werden vom Kongress aufgegeben.

Über die Regelung des Lehrlingswesens referiert ebenfalls Sassenbach-Verlin. Das Vorrecht der Innungen muß unbedingt beseitigt werden (Zustimmung). Die bestehenden Lehrverträge müssen einer grundlegenden Prüfung unterzogen werden. Vom Referenten und einigen auf diesem Gebiet besonders Sachverständigen werden Vorschläge vorgelegt.

Zu Punkt Ausbau der Sozialversicherung beantragte Wiebel, sämtliche vorliegenden gesetzlichen Anträge und Resolutionen einem Sachverständigenausschuß zu überweisen, der dann dem Bundesvorstand und Ausschuß Vorschläge unterbreiten soll. Der Kongress beschließt demgemäß.

Es folgt die Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung: Verschiedene Anträge. Ein Antrag der Konferenz der Arbeitersekretariate betreffs Kommunalisierung oder Verstaat-

lichung der Arbeitersekretariate wurde dem Bundesvorstand zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag Haas-Verlin (Landarbeiter), der den Vorstand beauftragte, vom Zeitpunkte der diesjährigen Ernte ab eine Erhöhung der Lebensmittelrationen durchzuführen, unter Publizierung angemessener Erzeugerhöchstpreise für Brotgetreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, Schlachtvieh, Milch und Butter, unter Ausschaltung der Bauernräte, im Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen Kontrollorgane zur reiflichen Erfassung aller rationierten Lebensmittel auf dem Lande zu schaffen.

Der Kongress stimmte ferner einer Entschließung zu, in der die Reichsregierung erlucht wird, vom Beginn der neuen Ernte ab, die Lebensmittelrationen so zu erhöhen, daß eine ausreichende Ernährung der arbeitenden Bevölkerung gesichert ist. Druschprämien sollen nicht mehr gewährt werden dürfen.

Brüder-Verlin (Buchbinder) begründet einen Antrag, in dem sich der Kongress auf dem Boden der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen stellt. Der Kongress fordert von der Regierung ein Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Dem Antrag wird zugestimmt.

Zur Frage der Arbeitsnachweise und Erwerbslosenunterstützung fand ein Antrag Annahme, daß die Arbeitsvermittlungstellen bei der Zuweisung von Arbeitskräften die von den Gewerkschaften anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen respektieren. Die Gewerkschaften unterstützen darf nicht verweigert werden, wenn die Arbeitsnachweise wegen Nichtzahlung der in Gewerkschaften maßgebenden Löhne abgelehnt wird.

Ferner wird zugestimmt einem Antrag der Holzarbeiter, daß Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können. Der Kongress spricht sich weiter dafür aus, daß der 1. Mai dauernd als gesetzlicher Feiertag erklärt wird.

Die Funktionäre der Gewerkschaften werden durch einen Beschluß des Kongresses verpflichtet für die Förderung der „Volkswirtschaft“ tätig zu sein.

Haas-Verlin begründet eine Entschließung zu den Verhältnissen in den besetzten Gebieten, der der Kongress einstimmig zustimmt. Ferner einen Antrag, daß beim Wiederaufbau von Belgien und Frankreich das kapitalistische Profitinteresse ausgeschlossen werden müsse.

Zu der Frage der Freiwilligenverbände unterbreitet die Konferenz der Vorstandsvorteiler folgenden Antrag, den Haas-Verlin begründet:

Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wolle beschließen: Die Freiwilligenverbände und die aus ihnen herorgegangene Reichswehr sind gebildet worden als notwendige Einrichtungen zum Schutze der deutschen Republik und der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution.

Von dem Reich, in die Reichswehr einzutreten, haben zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teils aus Überzeugung für die Sache der Republik, teils unter dem Zwange der Arbeitslosigkeit Gebrauch gemacht. Diesen Arbeitern kann ein Vorwurf nicht gemacht werden, wenn einzelne Mitglieder dieser militärischen Verbände sich Handlungen zuschulden kommen lassen, die nicht nur nicht zu billigen, sondern zu verurteilen sind. Der Gewerkschaftskongress beurteilt es deshalb als Entschädigung, daß gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich keiner statutenwidrigen Handlung schuldig gemacht haben lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr durch Ausschluß aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihrer vorher erworbenen Rechte beraubt, oder nach dem Austritt aus den militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Kongress nahm ferner Kenntnis von einem Ergebisbefehl gegen Streikende und beurteilt diesen. Er sprach sich weiter dafür aus, daß Freitag als Feiertag festgesetzt werden soll.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet. Für die ausländischen Delegierten richtete Thomas-Wien herzliche Abschiedsworte an den Kongress. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es nicht zur Spaltung der Gewerkschaften gekommen ist. Die Einheit der deutschen Arbeiterschaft sei unerlässlich, die einzige Bürgschaft dafür, daß die Niedertracht der Entente scheitert. Wir haben das dringende Bedürfnis, der großen Nation Deutschland angegeschlossen zu werden. Wir hoffen, daß der nächste deutsche Gewerkschaftskongress in Wien abgehalten wird. (Stürm. Beifall.)

Vorsitzender Reichel dankt für diese Worte. Wir werden alle unsere Kräfte daran setzen, um die Hoffnungen zu erfüllen, die Thomas auf diesen Kongress setzt. Es wäre ein Unglück für das deutsche Volk, wenn auch die Gewerkschaftsbewegung gespalten würde. Reichel mahnt dringend zur Einigung, gebend des nun geschaffenen Gewerkschaftsbundes und spricht die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk sich wieder in die Höhe arbeiten werde. (Leb. Beifall.)

Mit einem Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird der Kongress geschlossen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. Juli.

Am Regierungsbüro: Bauer, David, Erzberger, Dr. Weill.
Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung um 8.24 Uhr. Die erste Beratung der Steuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf Sobjanowsky (D.N.) äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zutreffende Ort für die Beratung von Steuervorlagen sei. Sie sollte sich doch ursprünglich mit der Verfassung beschäftigen und dann gleich Wahlen ausschreiben. Das deutsche Volk hat ungeheure Lasten aufzubringen, die seine harte Lage noch verschlimmern. Am wenigsten erfreulich geht es zweifellos den Beamten. Deshalb muß bis zur Senkung der Preise mindestens eine vorläufige Gehaltsaufbesserung stattfinden. Eine Annulierung der Kriegsanleihe ist ein völlig undenkbarer Weg. Darin stimme ich mit dem Finanzminister überein. Der Gedanke der Steuerzentralisierung im Reich bedarf noch der Klärung. Grundsätzlich hat der neue Finanzminister im Kampf gegen den Partikularismus bei seiner Finanzreform mehr Glück als seine Vorgänger. Die Vermehrung des Vermögens durch Fleiß und Sparlichkeit ist den Kriegsgewinnen nicht ohne weiteres gleich zu setzen. Eine Erhöhung in diesem Sinne würde weite Kreise berühren. Bei der riesigen direkten Steuerlast ist ein Ausbaue auch der indirekten Steuern unbedingt geboten. Wir müssen vor allem sparen auch in Kulturausgaben. Die Verwaltung muß vereinfacht werden. Aber die Sozialisierung wird ein Meer von neuen Beamten bringen. Mit der Arbeitslosenunterstützung muß aufgeräumt werden. Vor allem fordere ich von der Regierung eine Nachkontrolle und eine Statistik der Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte.

Finanzminister Erzberger: Sämtliche Redner befanden den ersten Willen, an der Sanierung der Finanzen mitzuarbeiten. Mein Urteil über Helfferich war nicht nur gerecht, sondern äußerst milde. Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuererhebung, namentlich der Kriegsgewinne, stark widersetzt. Nach den grundlegenden Gesetzen ist die verfassunggebende Nationalversammlung berufen, bringende Reichsgesetze zu beschließen. Das Dringende aber ist die Sanierung unserer Finanzen. Genauere Unterlagen für die Schätzung des gesamten Bedarfs werden Ihnen in der nächsten Woche vorgelegt. Der Gesamtbedarf des Reiches kann tatsächlich nicht durch direkte Steuern allein gedeckt werden. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in der Struktur Deutschlands. Er wird ganz anders wirken, als diejenigen denken, die ihn aus aufgesetzten haben. Wie Napoleon nicht hindern konnte, daß Deutschland später ein mächtiger Staat wurde, so wird aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauern wird, ein für die gewünschte deutsche Nationalität hervorzuheben. Zum Artikel der Sparansicht nur ein: Für sozialisierte Betriebe bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus den Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Die einzige Abhilfe liegt darin, systematisch auf eine Senkung der Preise hinzuwirken, und zwar nicht nur der Preise der Lebensmittel, denn die sind auch im Ausland fast ebenso hoch, sondern in erster Linie für Arbeiter und Soldate. Das muß und das wird geschehen, denn ein absolut untergeschuldetes Deutschland ist das erste Erfordernis für eine Wiederbelebung Deutschlands.

Abg. Wurm (N.S.): An den Sünden der Vergangenheit, besonders an der leichtsinnigen Finanzwirtschaft trägt das Zentrum die größte Schuld. Die Steuern, die es gemacht hat, waren zu dem doch nur indirekte Abgaben, die die breiten Massen belasten. Von dem Geiste der neuen Zeit ist in dieser Vorlage nicht eine Spur zu finden. Helfferich kann uns nur eine Sozialisierung, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommt.

Abg. Bester-Oeffen (D.V.): Die Kritik, die Herr Erzberger an der Amtsführung seines Vorgängers geübt hat, war schon deshalb unangebracht, weil sie von der sicheren Tribüne dieses Hauses aus (zuruf rechts: Angezogen!) erfolgte, einem Manne gegenüber, der sich hier nicht verteidigen kann. Die Helfferichsche Finanzpolitik wäre bei einer kurzen Dauer des Krieges zweifellos exträchtig, wenn nicht vielleicht die einzig richtige gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Erfreulich ist, daß der Streit zwischen Reich und Einzelstaaten über die Ausnutzung der Steuerquellen verschwunden ist. Aus den direkten Steuern allein ist der Bedarf nicht zu decken. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Nicht jeder, der im Krieges etwas erarbeitet hat, ist ein Schieber. Diese aber verdienen kein Mitleid. Für die Steuerbelastung sollte man sich das bewährte süddeutsche System zum Muster nehmen. Bei der großen Vermögensabgabe muß dem Steuerabfindenden durch einen Generallohn die Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen Sünden zu befreien. Das würde im Interesse der Steuererträge gemäß den Erfahrungen im 1908 liegen. Auch wir verlangen die absolute Sicherheit der Kriegsanleihen. Mit allpreußischer Spar-

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

17 Nachdruck verboten.

Mit weitauholenden Tritten schritt Rittergutbesitzer Rejner über die Straße auf die Soppel und weiter über diese auf den neuen Schöber zu. Dieser hing schon an, sich zu erheben. Die unterste Hand war bereits gelegt; in der Mitte stand ein Kofehund und ordnete die Bündel, und die Mägde stiegen an, hinaufzuklettern um die Mädeln festzutrampeeln. Die Knechte starrten mit lachenden Mäulern nach den vom schwebenden Stroh zerfetzten Waden und nach dem, was sonst noch zu sehen war.

„Wodasch!“ brüllte der Herr mit aller Kraft. „Wodasch!“

Der Wagt, der dem eben anrumpfenden nächsten Wagen entgegen gegangen war, kam eilig gefsprungen.

„Wodasch, daß mir hier ordentlich gerichtet wird! Seht den Schöber nicht auch wieder so schief wie die andern! Wie sieht denn das aus? — Wo ist denn der Inspektor?“

Der Wagt wußte es nicht.

Natürlich, wo wäre denn je ein Inspektor da, wo er sein sollte! Der Herr ließ die Blicke über die Endlosigkeit seiner Felder schweifen.

„Ha, ganz dahinten, wo die Hübenfelder des Vorwerks einen grünen Strich unter dem Himmel zogen, tauchte jetzt etwas auf: ein krabbelndes Käferchen! So langsam, wie eine Schnecke so langsam! Man sah kaum das Sichbewegen der Hinterbeine. Wahrhaftig, nicht mal reiten konnte der! Nein, nein — Rejner schüttelte energisch den Kopf — man mußte hierzuland seinen Dachschen nehmen; der Goppe hatte sich kolossal früh verbraucht!“

Mit einem „badam bo nos“ blickten die Entearbeiter, als der gnädige Herr müdernd seinen Blick über sie hingelenkt ließ. Die Männer sahen rotbraun aus. Inwiefern wie die Indiamer; das Gesicht stand ihnen auf der Brust offen, die Gelenke in den hohen Stiefeln waren bei der angestrengten Be-

wegung gerötet, kaum hielt sie noch der verhäbte Ledergurt, darin der Meßstahl für die Sense steckte. Auch die Mädchen waren halb aufgelöst. Wie eine Wolke hüllte ein kühler Schweißgeruch den Schwarm und den Schöber ein. Friedrigh nicht Rejner; die konnten arbeiten! Schafften in einer Stunde mehr als deutsche Leute in dreien!

„Wodasch, laßt den Leuten heut die doppelte Ration geben! Auch den Weibern das Mädchen voll!“

Der Wagt bückte sich.

„Ich falle zu Füßen!“ Und dann ermunterte er mit einem Blick ringsum: „Bar Rejner gibt euch doppelt so viel Schnaps heut — dasei, dasei!“, arbeitet hint! Ge, aufgepaßt — mir danken!“ Er rief den runden Gut bis zur Erde: „Daß der gnädige Herr lebe!“

Schnaps, die doppelte Ration Schnaps heut! Alle Hüte floßen herunter. „Wir danken! Daß der gnädige Herr lebe!“

Alle Arbeitenden stimmten in den Ruf mit ein; in einem kurzen Aufschwung schoß das Rebehack über den Schöber.

Als Rejner in sein Kostor zurücktrat, prallte die Sonne noch sommerlich; nur an den verlorenen Lehren, die vor den geschlotenen Lüren der Scheunen zertraten lagen, und an denen sich eine Schar von Gänzen und Enten, rotgelappter Puten und Perlhühner glänzte, merkte man den Herbst.

Wie ein Unglück stand unter dem schindelgedeckten Remisendach die Lokomobile. Der Monteur aus der Kreisstadt schaffte um sie, und der Stellmacher vom Dominium leistete Handlangerdienste. Morgen sollte sie hinaus und den Anfang machen auf der entfernten Stoppel und fauchen und fressen, sähen und Garben klücken, als wären's Salme, und sich so immer weiter durchfressen, immer näher heran, bis zu den letzten Weizenhöbtern auf der nächsten Stoppel beim Hofort. Mergelich gemaß, daß man schon ausdreschen mußte, aber was sollte man machen? Die Scheunen waren gestovt voll, man würde viel zu früh verkaufen müssen!

Mit hochgehogenen Augenbrauen stand der Grabstörmer vor der mit eisernen Wänden beschlagenen Tür seines Kornspeckers und bejaß sich, das langgestreckte, das einsige mo-

sive Gebäude des Hofes vom untersten Mauerstein bis zum obersten Dachziegel. Für diesmal war's viel zu klein — und doch ein andermal wieder viel zu groß!

Die Mauer entlang, auf dem schmalen Klosterstraißen, zwischen dessen spitzen Steinen Strohballen wuch und sehr viel Brennessel, saßen Weiber, den Mädeln gegen die Speichertücher gekent, die Beine platt in den Hof hinaus gestreckt. Das waren die Frauen der Komornik, Mütter und Großmütter, die jetzt die Kornmäde zu fäden hielten, die von den Mädeln gernogt waren. Alle Säde würde man brauchen.

„Dall, dalli,“ sagte der Herr wieder. Sein Blick streifte die lange Reihe. Wahnsinnig, da hatte schon jede einen großen Kopf bei sich stehen! Da würden sie nun sofort in den Kuhstall rennen, sowie nur die Glode zur Melke ertönte, gierig auf ihr Deputat — keine kleine Abgabe, diese zwei Liter fetter Milch täglich!

„Ach, ach — wollt ihr gehen?“ Mergelich trüb Rejner das Federvieh auseinander, das um verlorene Körner sankte. Wo war denn die Gütemagd? „Marynka, Marynka! — Unverschämtes Bißgeug, ach, ach!“

Schnatternd wackelten Gänse und Enten dem Keinen Hüft zu, der, mitten in der großbewachsenen Narbe des ungepflasterten Hofes, wie ein rundes, tiefes Loch sich auftrat, während die Hühner verängstigt umherliefen.

„Ach, ach, ach!“ Bornig schauerte Rejner seinen Stod mitten unter sie — ein junges Verhühndchen kam um und stand nicht mehr auf. Galt er nicht schon hundertmal besohlen, das Federvieh sollte sich nicht hier bei Futterweiger und Kennen herumtreiben? Wie leicht, daß sie ein Laß fanden, um bequeme hineinzukriechen und zu fressen und zu fressen! Bis verstand Theresie nun eben doch nicht, im Kleinen mußte auch gespart werden. Die Ausgaben wurden zu groß, — was kosteten die Jungen nicht alles! Es war schrecklich. Sie dachten wohl gar, des Vaters Laiche wäre unerlässlich!

Mit einem Seufzer bückte sich der Vater und sah eine Handvoll der verstreuten Lehren zusammen. Sie wie einen Strauß in der Hand haltend, blickte er, den Kopf nachdenklich wiegend, darauf nieder.

(Fortsetzung folgt.)

... müssen wir uns wieder empörern. Der Volkskörper...

Damit schließt die Besprechung. Sämtliche Steuererlagen...

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr. Verfassungsentwurf.

Weimar, 10. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr.

Die Beratung des Verfassungsentwurfes

... beim siebten Abschnitt, Rechtspflege, Art. 101-106 fortgesetzt.

Am Art. 101 liegt ein Antrag der Unabhängigen vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht...

Abg. Gentz (N.S.): Nur durch die Einsetzung der Volksgerichte kann der Klassenjustiz ein Ende gemacht werden...

Staatsminister Dr. Preuß: Ich glaube, das hier vorgeschlagene rein politische Reichstagswahlrecht ist alles eher als gerät...

Abg. Dr. Heintze (D. Sp.): Besser sind schlechte Gesetze, die den guten Richtern angewendet werden als gute Gesetze in Händen...

Abg. Wärmuth (D. N.): Der Gesetzentwurf steht in keinem unvereinbaren Gegensatz zu dem Volksrichter.

Abg. Katenstein (Soz.): Wir können dem Antrag der Unabhängigen nicht zustimmen. Der Abg. Gentz hat Recht mit seinen Auslassungen...

Abg. Abich (Dem.): Der Richter ist in der Tat vielfach als Hauptträger eines bestimmten Standes herorgetreten...

Abg. Gentz (Unabh.): Parteien im heutigen Sinne werden in dem sozialistischen Staat nicht mehr vorhanden sein...

Abg. Dr. Niefer (D. N.): Volkliche Klassenjustiz wird jedenfalls von unseren Richtern nicht betrieben.

Abg. von Brentano (Ztr.): Unser Richterstand hat vielfach eine bessere Beurteilung verdient als die, daß man ihn, mehr oder weniger verblümt...

Der Artikel wird unter Ablehnung des Antrags der Unabhängigen in der Ausschussfassung angenommen.

Artikel 102 wird ohne Erörterung angenommen.

Bei den Artikeln 103 und 104 beantragen die Unabhängigen Streichung. Die Sozialdemokraten beantragen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben...

Abg. Gröber (Ztr.) beantragt den Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind aufzuheben.

Abg. Gröber (Ztr.): Das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz ist mit großer Befriedigung eingubringen.

Kriegsminister Reinhard tritt ein, es sei beabsichtigt eine Disziplinarkammer für das Meer einzurichten.

Abg. Hoff (Dem.) führte aus, wenn die Regierung erkläre, sie könne die Militärgerichte vorläufig nicht entbehren...

Abg. Graefe (D. N.): Die Reform der Militärgerichtsbarkeit halten auch wir für notwendig.

Abg. Graf zu Dohna (D. N.) betont, die militärischen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden.

Abg. Davidsohn (Soz.) erklärt: Im Vertrauen darauf, daß das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit großer Beachtung kommen wird...

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Dr. v. Delbrück (D. N.) wird der Artikel 103 mit dem Antrag Gröber angenommen...

Abg. Dr. Cohn (N.S.), wobei der Kriegsminister die schweren Vorwürfe zurückwies...

Weimar, 10. Juli. (Privattelegramm.) Durch ein Notgesetz sollen die in den abzutretenden Gebieten gewählten deutschen Abgeordneten ihr Mandat noch so lange ausüben können...

Das Tabakmonopol

Weimar, 10. Juli. Im Tabaksteuerauschuss der Nationalversammlung beantragte der Sozialdemokrat Abg. Schüller, die Tabaksteuererlage zu vertragen...

Der Wucher und seine politischen Folgen

In einem Aufsatz: „Die Totengräber unserer Volkswirtschaft“, von Hermann Wagner im „Vorwärts“ wird auf die ungeheuren Warenmengen hingewiesen...

20. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter Deutschlands

Am Stuttgarter Gewerkschaftshaus fand in der dritten Juniwoche der 20. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes statt.

Die Generalversammlung des Verbandes wurde von dem Vorstandsvorsitzenden, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Cohn, eröffnet.

Die Verhandlungen des Verbandstages wurden von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Cohn geleitet.

Die Verhandlungen des Verbandstages wurden von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Cohn geleitet.

Berichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Karlsruhe, 9. Juli. In der heutigen Sitzung führt wieder Landgerichtsdirektor v. Bodo den Vorsitz.

Der Angeklagte ist ein 35-jähriger Mann, der in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1919 in Pforzheim auf der Flucht vor ihm zu Boden stürzte...

Der Angeklagte ist unbestraft, es wird ihm von allen Seiten das Zeugnis eines braven, fleißigen und sparsamen Mannes ausgestellt...

größten Teil des Krieges war der Angeklagte im Felde, längere Zeit in der Front des Landwehr-Regiments 110.

Am Tage vor der Tat war Göhse vors Bezirksamt geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß seine Frau von der Kriegszeit her noch über 400 M. Mietzinsschulden habe...

Die Geschworenen (Vorsitz Abg. E. Graf) bejahten die Schuldfrage nach Körperverletzung mit Todesfolge und billigten die mildernde Umstände zu.

Am 10. Juli. In der heutigen Schwurgerichtssitzung führt Landgerichtsdirektor Dr. Engelhardt den Vorsitz.

Der Angeklagte Wägel hat die Siegmund Hofmann Ehefrau deren Sohn Lothar Hofmann und den Paster Johann Kaufmann in ein Fremdenzimmer des Hotels „Germnia“ gelockt...

Die Geschworenen wurden 33 Fragen zur Beratung vorgelegt. Gegen 3 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Den Geschworenen wurden 33 Fragen zur Beratung vorgelegt. Gegen 3 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Die Einvernahme der Angeklagten und Zeugen, die sich bis in die späte Nacht hinein erstreckte, ergab, daß eine schwere Schwindelgesellschaft die Anklagebank drückte.

Badische Politik

Erzbischof Würber beim badischen Ministerpräsidenten. Wie mitgeteilt wird, hat Erzbischof Thomas Würber bei seinem letzten Aufenthalt in Karlsruhe dem Ministerpräsidenten Geiß einen Besuch abgestattet.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofes beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitserbsticht erblickt.

die Gemälde-Galerie und das Kupferstichkabinett neu aufgestellt und die jetzt zerstreuten Bestandteile davon vereinigt werden sollen, jedoch die wertvollen Teile dieser Sammlung besser zur Geltung gelangen. Die Bildung eines Museumsrates wurde angeregt. Im übrigen soll eine weitgehende Zentralisation herrschen, in dem solche Stände, die für einzelne Kulturkreise des Landes von Bedeutung sind, Bezirksmuseen überwiegen werden. Nach längerer Debatte über den Wert der humanistischen und der realen Ausbildung wurde für den Neubau einer höheren Lehranstalt in Lahr ein Betrag von 800 000 Mark bewilligt mit der Maßgabe, daß entsprechend dem von der Bevölkerung in Lahr geäußerten Wunsche die Anstalt in ein Realgymnasium umgewandelt werden soll.

Die Uebernahme elsäß-lothr. Beamten in den badischen Staatsdienst.

Das von uns vor wenigen Tagen schon angekündigte Gesetz über die Uebernahme von Reichs-Militär- und badischen Hofbeamten, sowie von Angehörigen der elsäß-lothringischen Landesverwaltung in den badischen Staatsdienst ist heute im badischen Landtag zur Verteilung gelangt. Durch den Gesetzentwurf wird den Ministerien die Ermächtigung erteilt, etatsmäßige oder den etatsmäßig gleichwertende Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamte, die infolge der in den politischen Verhältnissen eingetretenen Veränderung aus ihren bisherigen Stellen ausscheiden müssen oder noch ausscheiden müssen, oder die in ihrer Lebensstellung ernstlich bedroht sind, in ihren Geschäftsbereich als etatsmäßige Beamte zu übernehmen, auch wenn damit eine Ueberschreitung der im Staatsboranschlag vorgesehenen Anzahl der Beamtenstellen verbunden sein sollte. Gleiches gilt auch bezüglich der elsäß-lothringischen Beamten, deren Lebensstellung gefährdet ist.

In der dem Gesetzentwurf beigegebenen Begründung wird bezüglich der Uebernahme der elsäß-lothringischen Beamten gesagt, daß in erster Reihe solche Beamte berücksichtigt werden sollen, die durch Geburt die badische Staatsangehörigkeit besitzen, oder sie erst später erworben haben. Auch Nichtbadener, die verwandtschaftliche Beziehungen zu Baden haben, sollen berücksichtigt werden. In der Begründung wird dann weiter ausgeführt, daß erhebliche Bedenken gegen die Vermehrung der etatsmäßigen Beamtenstellen nicht bestehen, weil in dem Geschäftsbereich fast aller Ministerien, insbesondere in dem des Arbeitsministeriums, des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums sich in der letzten Zeit eine starke Zunahme der Geschäfte bemerkbar macht. In der Finanz- und Zollverwaltung wird vor allem wegen der Errichtung von Zollstellen infolge der Jurisdiktion der bisherigen elsäß-lothringisch-französischen Grenze an den Rhein eine Vermehrung der Beamtenstellen notwendig werden. Für die Uebernahme nicht-etatsmäßiger Beamter und für die dadurch bedingte Stellenvermehrung bedarf es keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung.

Die neue badische Fürsorgeziehung.

Am 15. Juli wird die neue badische Fürsorgeziehung, die vom badischen Landtag im Sommer vor. Jahres durch Gesetz auf eine neue und breitere Grundlage gestellt worden ist, in Kraft treten. Damit wird die Fürsorgeziehung von den Bezirksämtern, die sie bisher ausübten, auf die Vormundschaftsgerichte übertragen. Die Fürsorgeziehung wird künftig vom Vormundschaftsgericht auf Antrag oder von amtswegen angeordnet; außer dem Bezirksamt können künftig auch die Jugendämter und die Staatsanwaltschaften den Antrag auf Fürsorgeziehung stellen. Auch die Entscheidung darüber, ob die Fürsorgeziehung in einer Familie oder einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt vollzogen werden soll, steht künftig ebenfalls dem Vormundschaftsgericht zu. Die Fürsorgeziehungsanträge unterliegen künftig der Aufsicht des Justizministeriums. Der Wert, der auf die Mitarbeit der Geistlichen und Lehrer gelegt wird, kommt in zahlreichen Bestimmungen der neuen Verordnung zum Ausdruck und die seit Jahren dankenswerter ausgeübte Erziehungsarbeit zahlreicher der Jugendfürsorge dienender wohltätiger Vereine und Anstalten ist auch durch die neuen Bestimmungen nicht ausgeschlossen. In besonders gebildeten Jugendfürsorgeanstalten werden sie die behördliche Fürsorge planmäßig zu unterstützen haben.

Hohe Bestrafung badischer Beamter in Nehl.

Karlsruhe, 10. Juli. Bekanntlich wurde am 25. Juni d. J. in Nehl Hilfsstaatsanwalt, Amtmann Werber und Amtsrichter Frisch wegen ihres rechtswidrigen Einschreitens gegen den vielgenannten Rechtsagenten Gompa in Regelsdorf, der sich hochverrätherischer Umtriebe schuldig gemacht hatte, von den französischen Behörden verhaftet. Ihre Behandlung im Gefängnis ließ viel zu wünschen übrig. Besonders schlecht ging es dem Amtsrichter Frisch. Er

bekam völlig unzureichende Kost, durfte die Zelle nicht verlassen und auch keinerlei Besuche empfangen. Etwas besser wurde der Amtmann Werber behandelt. Er durfte wenigstens jeden Tag im Hofe spazieren gehen. Nun kommt aus Nehl die Nachricht, daß die beiden Beamten wegen ihres pflichtmäßigen Vorgehens gegen den Hochverräter Gompa von den französischen Behörden abgeurteilt worden sind und zwar erhielt Amtmann Werber sechs Monate, Amtsrichter Frisch drei Monate Gefängnis. Außerdem wurde Herr Frisch wie Herr Werber eine Geldstrafe von je 2500 M auferlegt. Als Grund der Beurteilung erfährt man, daß die beiden badischen Beamten politische Verhaftungen vornehmen ließen, ohne den französischen Behörden davon Kenntnis zu geben. Hierzu waren sie aber nach den internationalen Bestimmungen der Haager Konferenz nicht verpflichtet, denn nach diesem sind die Franzosen an die Beachtung der Landesgesetze gebunden. Es ist selbstverständlich, daß auch gegen dieses Urteil und seine grausame Härte bei den zuständigen französischen Instanzen sofort Protest eingelegt wurde.

Aus der Partei.

Notenfels, Samstag, den 12. ds. Mts., abends 10 Uhr findet im Lokale zum "Süden" eine Parteiverammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung und gleichzeitige Eingehung der Beiträge ist vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen dringend erforderlich.

Unterweishelm, 9. Juli. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei werden zu der am Samstag, 12. Juli abends 10 Uhr, im Gasthaus zur "Edwane" stattfindenden Mitteilungsversammlung eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Kommunalpolitik.

Manlenloch, 7. Juli. Die Lebensmittelamtlität greift hier immer weiter um sich. Seit November erhielten wir kein Fett mehr, von Eiern keine Spur. Vom Zucker, der an andern Orten schon ausgegeben wurde, weiß man hier nichts. Infolgedessen, da dann wird er unterjährig ausgegeben, in einem Laden heute, im andern später, kein Zucker kauft man sich darum. Für Fett müssen wir 18 M das Pfd. und für Öl 30 M per Liter bezahlen. Bei solchen Preisen kann für den Einkauf anderer Bedarfsartikel für die Familie, wie Schuhe, Kleider usw., nichts mehr übrig bleiben. Trotzdem wird auf dem Lande, herrscht bei uns in Karlsruhe. Bei einigermassen gutem Willen könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

Man muß sich fragen, ob das der Dank dafür ist, daß man den Landwirten Haus und Hof 1/2 Jahre lang vor feindlicher Zerstörung geschützt hat? Man geht nicht leicht in der Annahme, daß bei uns die Lebensmittel im Schleichhandel veräußert werden. Wir richten deshalb an die Landwirte die Mahnung: Treibt es nicht zum Neugierigen! Wenn der Stein ins Rollen kommt, ist er nicht mehr aufzuhalten! An die Gemeindeverwaltung appellieren wir mit allem Ernst, endlich einmal mit Energie für Verbesserung der Lebensmittelverhältnisse der Arbeiter etwas zu tun. In die Regierung richten wir das Ersuchen, hier nach dem Rechten zu sehen.

Mühlbach, 7. Juli. In der "Mittler Zeitung" vom 3. d. M. wird abgesehen davon, daß sich der bisherige Bürgermeister wieder selbst als Kandidat aufgestellt hat. Hiermit sei der ganze Vorgang der Wiederwahl der Öffentlichkeit unterbreitet, die dann selbst ihr Urteil fällen kann: In einer Vertrauensmännerklärung des Zentrums (nicht Versammlung) wurde der bisherige Bürgermeister vom Pfarrer als Kandidat vorgeschlagen. Auf die Frage an den Bürgermeister, ob er die Kandidatur annehme, erwiderte er, daß er die Zeit schon hat drucken lassen. Wir richten deshalb an den Bürgermeister die Frage, warum er denn die Zettel von sich aus hat drucken lassen?

Auf die weitere Bemerkung in der "Mittler Zeitung", daß der sozialdemokratische Bürgermeisterkandidat als erster Kandidat auf der Zentrums-Gemeinderatsliste gestanden hat, sei kurz erwähnt, daß wir unsern Kandidaten als den richtigen Mann für den Bürgermeisterposten halten, denn er wird sich den neuen Verhältnissen anpassen müssen und hat Sinn für Sparmaß. Des weitern ist er gewillt, die Vertreterschaft vom Rathaus zu entfernen und endlich hat er keine Neigung, die Rolle eines Strohmannsbürgermeisters zu spielen, wo andere in Wirklichkeit regieren, wie dies bisher der Fall war. Unser Kandidat, Landwirt und Gemeinderat Ferdinand Latzin, bietet die Gewähr, daß wir in unserer Gemeinde wieder geregelte Verhältnisse bekommen zum Wohle aller!

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konservatorium für Musik in Karlsruhe. Die eigentlichen Schulprüfungen begannen am Mittwoch, denn von jetzt an kamen die Schüler der Ausbildungsklassen zu Wort. Eines unserer schönsten Kammermusikwerke, Trio D-dur op. 70 von Beethoven, eröffnete die Vortragsfolge und fand durch die Fräulein G. Mettenberger und E. Neumann, sowie Herr Fr. Billing eine nicht nur künstlerische, sondern sogar künstlerisch vollendete Wiedergabe. Durch eine Sonate in Es-dur von Mozart war weiterhin die Kammermusik vertreten. Die Fräulein J. Sauer und E. Heini führten das anspruchsvolle Werk silberglänzend aus. Fr. E. Schneider und Herr Hans Müller vertraten mit Variationen Es-dur von Mendelssohn und Stücken von Chopin das Klavier in angemessener Weise. Ihr pünktliches und musikalisches Spiel läßt Gutes für die Zukunft erhoffen. Herr Fr. Billing zeigte sein sehr beträchtliches Können in dem Violoncellokonzert a-moll von Coler-Trautmann. Eine aufsehenerregende Instrumentalkammer waren die von 6 Geigen unisono gespielten Air von Bach, Violine und Präambulum von Bach-Kreisler. Ohne die geringste Intonationschwankung, mit großer Freiheit des Ausdrucks und rhythmischer Schärfe wurden die Stücke von den Damen Dörner, Heini, Neumann und den Herren Eberle, Reuter und Wibenbacher auswendig vorgelesen. Von Gesangsschülern erschien zuerst Fräulein J. Depsner. Sie zeigte ihre Stimme, durch eine besonders langvolle Mittellage bestechende Stimme in Lieben von Schubert, Wolf und Brahms und hatte später die Führung im Terzett aus "Freischütz", bei welchem Herr Kuppinger und Fr. Sander, über welche nach späteren Besichtigungen zu berichten sein wird, sich zu ihr gestellt. Die Schwierigkeiten der Intonation, mit welcher Fr. Depsner, die offenbar ein großes Gesangstalent ist, jetzt noch zu kämpfen hat, dürften sich bei weiterem Studium ausgleichen. Die Stimme von Fr. M. Peter (Arie aus "Widervandlung" von Wöh) ist in den verschiedenen Registern gleichmäßig entwickelt und sie singt rein. Duette von Verlog (aus Benedict und Beatrice) und Cornelius, gesungen von den Fräulein G. Braun und A. Maucher, wirkten besonders erfreulich durch Tonhöflichkeit, reine Intonation und rhythmische Pünktlichkeit.

Die 3. Aufführung — einem Konzert viel ähnlicher als einer Prüfung — begann mit Konzert Es-dur von Weber. Fräulein H. Schmidt wurde dem Stück technisch und musikalisch gerecht. Fräulein E. Neumann zeigte sich in 2 Sätzen von Bruckner-Konzert als ein richtiges Geigentale, für das es bald keine Schwierigkeiten mehr geben dürfte. Innere Reinheit und die daraus folgende äußere Uebersichtlichkeit geben ihrem Spiel jetzt schon einen künstlerischen Stempel. Ein sehr junges Fräulein

Gene Drach, spielte, und 1. Satz des Konzerts C-dur von Beethoven mit perlender Technik und prächtigem Anschlag. Nach höher zu bewerten sind die innere Anteilnahme und musikalische Beherrschung. Fr. A. Grohmann fand sich im Konzert g-moll von Mendelssohn recht gut ab. Technische Gewandtheit und rhythmische Genauigkeit sind hier zu begrüßen. Ihrem Ansätze dürfte sie mehr Beachtung verdienen. Eine erstaunlich hohe und in der Höhe hangvoll-kraftige Stimme besitzt Fr. A. Schüßle. Da ihr Sopran auch wunderbar gebildet und ausgeglichener ist, so kann Fr. Schüßle es unternehmen, Arien, wie die des Blondchen aus Mozarts "Entführung", und die der Königin der Nacht aus der "Rauberflotte" zu singen und glanzvoll durchzuführen. Man dürfte diese schwierigen Solostücke nicht leicht besser hören. Eine wunderschöne Leistung war der Vortrag des Konzerts in f-moll von Chopin durch Fr. A. Schweizer. Schwungvoll in den virtuosen Teilen — bis auf ein kleines Nachlassen gegen Schluß — zart und sinnig in den lyrischen, war es eine echt künstlerische Darbietung.

Volksschauspiel in Dettingen.

Das Volksschauspiel macht seinem Namen alle Ehre. Die beiden biblischen Spiele, die es zur Aufführung bringt, sind vor allem gänzlich bar eines jeglichen literarischen Beiwerk, unverfälscht und nicht erkünstelt, in einfacher und schöner Sprache den tiefen Gehalt jenes wunderbaren Mythos der ersten Menschen zum Ausdruck bringend. Einige schwache Stellen sind allerdings darin enthalten, beispielsweise die ja an und für sich etwas heikle Geschichte mit der Schlange. Das kann aber den Gesamteindruck nicht beeinträchtigen, der durch die Aufführung unter freiem Himmel ein wirklich schöner und befriedigender ist. Etwa 300 Personen wirken mit, und es ist ein außerordentlich farbenprächtiges Bild, wie während des Einsetzens der Rollen von rechts und links her keine, in weiß gekleidete Mädchen sich um den Altar in der Mitte herumgruppieren. Die gesungenen Leistungen, die durch eine vorzügliche Orgelbegleitung unterstützt werden, verdienen uneingeschränktes Lob! Sogar was den Chor (z. B. der aus Mendelssohns "Paulus") als auch die Einzelgesänge betrifft, von denen namentlich die Sopranstimme von Luise Fischer hervorzuheben ist. Die Darsteller sind fast durchweg gut verständlich und von nicht geringen sprachlichen Qualitäten, wie der finkler Kain von Karl Müller, Anton und Emilie Schmidt verkörpern sehr lebendig das erste Menschenpaar, während die Gestalt des Luzifer in Karl Breisinger einen geschickten Vertreter findet. — So kann ein Besuch des Dettinger Volksschauspiels jedem empfohlen werden, der an einem Sonntag Nachmittag sich einen guten und unbedenklichen Genuß hingeben will.

Untergrumbach, 7. Juli. Zur gestrigen Gemeinderatswahl waren hier acht Wahlberechtigten eingereicht und sind von 1437 Wahlberechtigten 999 Wähler zur Wahlurne gegangen. Die Liste der sozialdemokratischen Partei erhielt 230 Stimmen mit 3 Gemeinderäten und senden wir unsere bedrängten Genossen Bahnarbeiter Karl Wangei, Schlossermeister Johann Rechner und Landwirt Severin Arnold in den Gemeinderat. Auf die 7 bürgerlichen Familien- und Sportvereinslisten, einschließlich Demokraten und Zentrum, kommen zusammen 5 Gemeinderäte. Die offizielle Liste des hier einst allmächtigen Zentrums erhielt mit 1165 und 67 Stimmen und geht leer aus. Die Liste der Demokraten fiel ebenfalls durch.

Aus dem Lande.

Durlach und Umgebung.

Parteierversammlung. Auf die morgen, Samstag abend im Gasthaus zum Ramm stattfindende Parteiverversammlung des sozialdemokratischen Vereins sei ganz besonders hingewiesen! Neben dem Vortrag über die Parteiverversammlung über die Beziehung des städtischen Zentrums zur allgemeinen Interessen der Genossen und Genossinnen erfordert, darum auf in die Versammlung, keiner fehle!

Bretten.

Mitteilung aus der Gemeinderatsversammlung. Gemäß Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Mai 1919 wird Gemeinderat Sartorius als Arbeitnehmer zum Mitglied der Kommission für die Sicherstellung des Schlichterwesens ernannt. — Die vom Bürgermeisteramt mit den drei hiesigen Zeitungsverlegern über die Beziehung der städtischen Bekanntmachungen getroffene Vereinbarung wird genehmigt. Die Zeitungsverleger hatten einen Preis verlangt, es ist aber gelungen, wieder eine Kaufsumme, wenn auch unter bedeutender Erhöhung, festzusetzen. — Auf die Vorstellung wegen Verlegung der Abfahrtszeit des Zuges 6.32 Uhr nachmittags nach Karlsruhe um einige Minuten hat die Generaldirektion erwidert, daß dem Gesuch nicht stattgegeben werden kann, da alsdann mehrere Anschlüsse abgeändert werden müßten, wodurch der Zug zu spät abfahren könnte. Der Gemeinderat ersucht nochmals, die Abfahrtszeit auf 6.45 Uhr abends festzusetzen. — Da die Feldbiehställe in letzter Zeit wieder stark überhand nehmen, die Lämmer aber nur selten festgesetzt werden können, hat sich der Gemeinderat mit der Frage beschäftigt, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Es soll nun zunächst berücktsichtigt ein Feldwäcker mit einem Gehege ausgerüstet werden, einem anderen Feldwäcker wird ein Hund beigegeben. — Zum Zwecke der Gewinnung von Wohnungen zur Befriedigung der großen Wohnungsnot bewilligt der Gemeinderat zu den Kosten des Umbaus eines Hintergebäudes auf Ansuchen des Hausbesitzers einen Beitrag. — Nachdem die Wahlen der städtischen Kollegien erledigt sind, wurde auch eine neue Zusammenfassung der Kommissionen vorgenommen. — In sämtlichen Kommissionen, ausgenommen die Kommission zur Schätzung von Grundstücken, führt der Bürgermeister den Vorsitz. — Herr Bürgermeister dankt den ausgezeichneten Kommissionsmitgliedern für ihre bisherige Tätigkeit.

Bruchsal.

Ein Vermittler. Der "Br. B." meldet, daß ein Kriegsteilnehmer, der seit 1914 vermißt wird, seinen Angehörigen die Mitteilung zugehen ließ, daß er auf der Heimreise sich befindet. Eingetroffen wurde in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in die Hofstadtstraße der Firma W. Kap. u. Komp. Es ist dies geradezu eine tägliche Erscheinung in der hiesigen Gegend, daß bei den Tabak- und Zigarrenfabrikanten nachlässige unangemessene Besuche abgeleitet werden.

Ettingen.

a. Hofherge Stiftung. Herr Bürgermeister Guegel bewies der Stadtverwaltung schonungslos sein Wohlwollen an seine verstarbene Frau den Betrag von 5000 Mark. Aus den Anverwandten soll für ein armes Kind ein Freiplatz an der hiesigen Kinderkrippe geschaffen werden. Soweit die Zinsen durch diesen Freiplatz nicht aufgebracht werden, sollen sie den allgemeinen Zwecken der Kinderkrippe zu. Diese Stiftung ist umso anerkennenswerter als sie ein tiefes soziales Verständnis für die Not der Kinder der Arbeiter-Mütter zeigt, für Kinder, deren Mütter im harten Kampfe ums Dasein ihrem Erwerb nachgehen müssen und deren Pflege in früherer Jugend nicht selbst betätigen können. Dem hochherzigen Spender ist der Dank der Bevölkerung und der Arbeiter-Mütter im besonderen auszusprechen. Die Stiftung führt den Namen Elise-Guegel-Stiftung.

Nastatt.

Parteierversammlung. Wir betonen nochmals auf die morgen abend 8 Uhr im Gasthaus "Zum Anker" stattfindende Parteiverversammlung. Wir erwarten, daß die Parteigenossen und Parteigenossinnen zahlreich erscheinen werden, umso mehr, als der Minister des Innern, Gen. Kemmler, einen Vortrag halten wird, um über die Tätigkeit der Regierung zu berichten und die Regierung gegen unangebrachte Angriffe zu verteidigen. Ganz besonders eruchen wir noch um pünktliches Erscheinen aller Parteimitglieder, damit den Genossen durch die Diskussion Gelegenheit gegeben werden kann, sachliche Kritik zu üben, soweit sie glauben, eine andere Ansicht haben zu müssen.

Erhöhung der Umlagen. Wie Bürgermeister Kemmer in der letzten Bürgerauskunft Mitteilung, wird die städtische Umlage von 38 Pfg. auf 48 Pfg. erhöht werden müssen. Diese Erhöhung ist in der Hauptsache auf den neuen Rohstoff mit den städtischen Arbeitern zurückzuführen, der zurzeit angearbeitet wird und rückwirkend zum 1. April ab gelten wird.

Baden-Baden.

r. Bürgerauskunft-Sitzung. Dienstag vormittag 10 Uhr trat zum erstenmal der neu gewählte Bürgerausschuß zusammen. Mit 25 unter 81 Mitgliedern zog die Sozialdemokratische Partei auf dem Rathaus ein. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Fiezer, begrüßte die Neugewählten und wies auf die durch den Friedensschluß bedingte traurige Lage Deutschlands hin. Zum Vorschlag bemerkte er, daß durch eine neuerliche Belastung des städtischen Budgets sich die Stadt gezwungen sieht, die Umlage um 9 Pfg. zu erhöhen, auf 49 von 100 Steuern und Betriebsvermögenswerten. Die aufstretenden Frauen versprachen tatkräftig mitzumachen zum Wohle der Heimatstadt. Gen. Fiezer entwickelte in eintöniger Rede die Finanzfragen der Stadt, die in der Aufzählung gipfelte, den Vorschlag anzunehmen. Auch die folgenden Redner des Zentrums und der Demokraten schlossen sich der Aufforderung ihres Vorgängers an. Der Stadterbbaudirektor Rudolf (Soz.) erörterte eingehend wichtige Bildungsfragen und gab eine klare Uebersicht über den Aufbau der Einheitschule und ihre Aufgabe. Er nahm sich zum der Schlußfolgerung an, indem er für Anschaffung von Kinderspielplätzen und die Unterbringung der Spengler in Schulräume eintrat. Gen. Stadtrat Kapp baute vor den Augen der Zuhörer ein weitsichtiges soziales Kommunalprogramm auf. Vor allem forderte er Liebe zum arbeitenden Volk, intensives Arbeit und äußerste Kraftanstrengung für das gemein-

Seite 4. Meinberats... Wahlurne... er erhielt... wir unsere... Schlosser... Arnold... lichen und... Zentrum... offizielle... trums... und... en fiel

wohl. Er sieht nur darin einen Lichtblick für eine bessere Zukunft. Durch sein klar disponiertes Sozialisierungsprogramm zeigte er den anderen Parteien, was wir wollen; er lud sie ein, mitzugeben und fand auch viel Verständnis bei Allen für seine Forderungen. In dem weiteren Verlauf der Diskussion beteiligten sich die Genossen sehr lebhaft und es war überaus erfreulich zu sehen, wie eifrig und arbeitsfreudig sich unsere Stadtverordneten auf allen kommunalen Gebieten betätigten. Der Vorschlag wurde nach kurzer Durchberatung einstimmig angenommen. Schluss der Sitzung 9 Uhr abends. Am Freitag werden die noch ausstehenden Punkte der Tagesordnung erledigt werden.

Offenburg. Sozialdem. Verein. Am Samstag, 12. Juli, abends 8 Uhr beginnend, findet in der Brauerei „Mündinger“ Mitgliederversammlung statt. Gen. Parteisekretär Meier-Freiburg wird den Bericht vom Deutschen Parteitag geben. Außerdem sind fünf noch wichtige Tagesordnungspunkte zu erledigen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Parteigenossen und Genossinnen sich recht zahlreich einfinden.

Frankenburger Übergriffe. W. Offenburg, 9. Juli. Die „Offenburger Zeitung“ berichtet aus Tundenberg im folgenden: An der Grenze des belebten Gebietes nach ein französischer Posten einen dort mit der Gemeindefürsorge beauftragten Einwohner, der naturgemäß keine Ausweispapiere vorzeigen konnte, da Tundenberg nicht im belebten Gebiete liegt auf die Ortskommunikation von Wälten, wo man ihn mißhandelte, so daß er blutete. Dort wurde seine Schullosigkeit festgestellt. Der Grenzposten erhielt dann den Auftrag, ihn wieder über die Grenze zu bringen. Diese Gelegenheit benutzte der Posten, den Tundenbergler auszuplündern und ihm ein Geldbeutel mit 80 M Inhalt, sein Taschenmesser und verschiedene andere Gegenstände zu nehmen.

Die Badische Landwirtschaftskammer als Arbeitgeberin. In Nr. 140 unseres Blattes vom Freitag, den 20. Juni, befaßte sich eine Notiz aus Karlsruhe in unserer obigen Nummer mit den von der Badischen Landwirtschaftskammer ausgeführten Holzschlägerarbeiten. Es wird darin behauptet, daß, trotzdem die Arbeiten ausgangs März beendet gewesen seien, am 17. Juni die Leute noch einen ansehnlichen Teil ihres Lohnes zugute hätten. Die Badische Landwirtschaftskammer sendet uns hierzu folgende Aufklärung: Die Badische Landwirtschaftskammer hat von dem von der Gemeinde Karbach im genannten Waldgebiete im Laufe dieses Winters einen größeren Teil abholzen lassen und zwar waren diese Arbeiten zwei Unternehmern übertragen, einem aus Karbach und einem aus Mörchi. Der Karbacher Unternehmer hat während der Holzschlägerarbeiten rund 88 000 M an Löhnen von uns ausbezahlt erhalten, während der Mörchler Unternehmer einen Betrag von 8000 M erhielt. Ein kleiner Teil des zuletzt gefällten Holzes konnte aus verschiedenen Ursachen bisher weder noch nicht vermessen und endgültig abgerechnet werden. Nach unserer Schätzung handelt es sich höchstens um einige Tausend Mark, die noch rückständig sind. Was die Unternehmer den Arbeitern ausbezahlt haben oder noch schuldig sind, wissen wir nicht. Wir haben keine Kontrolle über sie. Da wir nur mit den Unternehmern abrechnen haben. Wir können hier nur feststellen, daß den an die Unternehmer ausbezahlten Beträgen von rund 88 000 M nur noch eine geringe rückständige Summe, die noch von uns zu zahlen ist, entzogen ist, daß also die Rechnung mit diesen Unternehmern den ansehnlichen Teil des Lohnes noch ausbezahlt, nicht zutreffend ist.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 11. Juli.

In der Oberbürgermeisterwahlfrage

ist nun endlich ein definitiver Schritt getan worden. Unter den Parteien kam trotz mehrmaliger Verhandlungen keine Eingung zustande, indem die Demokraten auf der Kandidatur des bisherigen Oberbürgermeisters Siegrist beharrten, die aber die Sozialdemokraten und das Zentrum ablehnten.

In der gestrigen Stadtratssitzung wurde deshalb beschlossen, die Wahl des Oberbürgermeisters auf Mittwoch, den 25. Juli anzusetzen. Die Demokraten stellen also, wie verlautet, den jetzigen Oberbürgermeister auf, während betr. Stellungnahme der Sozialdemokraten und des Zentrums feststeht, daß sie die Kandidatur Siegrists nicht unterstützen werden.

Eltern die aus der Kirche ausgestoßen sind werden hiermit auf den **freireligiösen Religionsunterricht** aufmerksam gemacht. Jeden **Samstag 3-5 Uhr** in der **Müdenschule (Strieglstr.)**. Anmeldung daselbst, Zimmer 18, vor 8 Uhr.

Bergebung von Glaser-Arbeiten.

Die Glaserarbeiten zu den Wohnhäusern für die **Gemein. Baugenossenschaft Grödingen e. G. m. b. H.** sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind portofrei, versehen mit entsprechender Aufschrift versehen und unerschieden spätestens am **Donnerstag, den 17. Juli** vormittags 11 Uhr hierher einzureichen. Zeichnungen und Bedingungen können während der Geschäftsstunden beim Ortsbauamt eingesehen werden, wo auch die Angebotsformulare gegen Erstattung der Verbriefungsgeldes in Empfang genommen werden können. Den Bietern steht es frei, der Öffnung der eingelaufenen Angebote an genanntem Termin beizuwohnen. 4870 Grödingen, 11. Juli 1919.

Die Bauleitung: Rimmler.

Druckfachen liefert die **Buchdruckerei Volksfreund**

Fussballclub



Jeden Dienstag und Donnerstag Abend Fussball- und Leicht-Athletik-Training.

Biertisch: Freitag Abend im Löwenrauchen. **Samstag Abend 6 Uhr** I. Mannschaft geg. Frankonia I in Durlach (Germania Platz).

Freitag, 11., abends 8 Uhr im Lokal **Monats-Versammlung.** Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Vor-Anzeige. **Samstag, den 26. Juli** **Spielvereinigung Fürth** 4872

F.C. Phönix.

Glob. Munition Kugel und Schrot 6 mm und 9 mm, ist wieder zu verf. **Luisenstr. 58 I. Hof.**

Der Trost der Schulmänner.

Ein Parteigenosse schreibt uns mit Bezug auf unsere gestrige Notiz: Man erfährt fast täglich von Fällen, aus denen ersichtlich ist, wie wenig manche Beamte in leitenden Stellungen sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen vermögen, ohne daß sie aber andererseits durch sofortige Niederlegung ihrer Ämter die Konsequenz zögen aus dem Widerspruch zwischen den Zeitverhältnissen und ihrer Ueberzeugung. Es ist bekannt, daß das Ministerium des Innern und das des Unterrichts die Beilegung der Beilegung der monarchischen Wästen, Insignien usw. erließ, soweit sie künstlerischen Wert nicht besitzen. Dieser Befehl, der gewiß die Gefühle Andersdenkender weitgehendst schon, wird von vielen hohen Herrn einfach nicht ausgeführt. In einer hiesigen Mittelschule hat sogar der Direktor eine Großherzogbüste, die in der Revolution entfernt worden war, jetzt ostentativ wieder vor dem Lehrzimmer aufstellen lassen, was von den Schülern, selbst von den jüngeren, als ein bewußter Hohn auf die diesbezügliche Verordnung aufgefaßt wird. Neben dieser stümmen Betonung seiner monarchischen Gesinnung leistete sich dieser Pädagoge aber auch noch andere. Er hat die von der Nationalversammlung gebilligte Friedensunterzeichnung zu einer Rede gegen die vom Volk gewählten Männer der Regierung benützt, denen er Ehrlosigkeit vorgeworfen haben soll, weil sie „unseren“ Kaiser ausliefern wollten. Derselbe Herr (Geh. Hofrat Reimann? Die Red.) hat vor zwei Jahren in der Turnhalle seinen Schülern gesagt, wir brauchen Land im Osten und Westen, damit wir uns besser nähren können, er hat in einem Vortrag über seine Frontreise berichtet, „Wir kriegen sie schon“ und hat vor dem Krieg immer die ungeliebten Nützlichkeitslasten seiner Friedensprämie, die wir zahlen mußten, um den Bestand des Friedens zu verbürgen. Man kann verstehen, daß dieser Herr, dem die nationalliberalen Eier so sehr vom Hagen der Revolution zerquetschert worden sind, sich nicht in die Gegenwart findet. Aber ein solcher Mann sollte dann einsehen, daß er nicht mehr zum Erzieher junger Republikaner paßt und er sollte auch nicht an seinen früheren Verdiensten um das Schulleben durch solche feine Kindereien Sabotage verüben. Wir haben nationale Schulen, aber keine nationalliberalen, das sollen sich solche unzeitgemäße Schulautokraten hinter die Ohren schreiben.

Wir sozialdemokratischen Eltern verbitten uns derartige aus Varger entstandene Dummheiten und Verhöhnungen an unserer Jugend. Wir sind keine Widerhürer und hätten kein Wort über die Befestigung der Wästen zu sagen, wenn die monarchischen Abzeichen an den Schulen stillschweigend verschwinden würden. Da dies aber vielerorts extra nicht geschieht, muß man mit den betreffenden Verantwortlichen Praktiken reden. Wir verlangen nicht, daß anstelle der Wästen die Büsten der von Lassalle und Vebel aufgestellt werden, obwohl diese Männer für das Wohl und den Fortschritt der Menschheit mehr getan haben als ein ganzes Schaf fürsten, deren übel bronzierter Gipfelpfeiler unsere Kinder Tag für Tag in der Schule sehen müssen. Wir verlangen aber, da wir jetzt eine Republik sind, die sofortige Befestigung dieser giftigen Herrschaften. Das Monarchische gehört jetzt nicht mehr zur Erziehung, wenigstens nicht zur öffentlichen. Die Schule hat auch hier paritätisch vorzugehen, und ebensowenig wie sie eine Büste von Luther aufstellen würde, darf sie die fürstlichen Gipfelpfeiler dulden.

Wir fragen das Ministerium des Kultus und Unterrichts, ob es sich davon überzeugt hat, daß seinem Befehl Folge geleistet wurde. Was gebietet es im entgegengegesetzten Fall zu tun?

Weiter wird uns in der Sache noch berichtet: In der 2. Klasse der Populischule hat sich gestern der Lehrer K. alle Mühe gegeben, von den Knaben herauszubekommen, wer von ihnen den Schulbefehl, daß die Kinder an „Großherzoggeburtstag“ sonn- täglich angezogen erscheinen müssen und dann „schulfrei“ bekommen haben, seinem Vater mitgeteilt hat. Mit dem „Volksfreund“ in der Hand führte er die hochpolitische Untersuchung in der Weise, daß er diejenigen, die ihm als verlegen und verächtlich erschienen, herausstellte und in die Wäde von den Schafen sonderete. Na, darüber wird ja wohl auch noch gesprochen werden.

Sozialdemokratischer Verein. **Wahl** Südstadt. Die Kommissionsmitglieder werden zu einer wichtigen Besprechung auf **Freitag, den 11. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr**, in den „Brin Ludwigs“, Ede-Weber- und Rührporeustraße eingeladen.

laden. Auch solche, die sich zur Mitarbeit in den Dienst der Partei stellen wollen, sind willkommen. Minkliches und bestimmtes Ercheinen ist notwendig. **Der Obmann.**

Alten über schlechtes Brot. Man schreibt uns: Allgemeine Enttäuschung herrscht zur Zeit in der Bevölkerung wegen der derzeitigen schlechten Beschaffenheit des Brotes. J. H. ist das Brot vollständig ungenießbar, speckig und naß und ist in diesem Zustand für den Magen von großen Nachteilen. Man weiß ja ganz genau, daß für dieses Nahrungsmittel gegenwärtig die schlimmste Zeit ist, und doch kann man verlangen, daß man ein menschenwürdiges Brot erhält. Wo liegt nun der Fehler? Bekommen die Bäcker vom Kommunalverband ein so schlechtes Material oder liegt es an der Zubereitung des Brotes? Dieses Uebel anzuführen, ist unbedingt Sache der maßgebenden Stelle. Durch die mitgemachten Hungerjahre ist man sicher nicht mehr veröhnt und man sieht lange genug der Sache zu, wenn man aber wie jetzt andauernd ein solch miserables Brot erhält, das man nicht einmal dem Vieh geben wollte, so muß die Geduld endlich ein Ende nehmen. Unklar ist, daß niemand von der maßgebenden Stelle hier Abhilfe schafft, vorausgesetzt, daß auch diese Personen dieses miserable Kriegsbrot und kein Krankenbrot erhalten. Wir hoffen, im Sinne vieler zu sprechen, wenn wir verlangen, daß endlich hier Abberodung geschaffen wird.

Der Beginn des Wintersemesters 1919/20 an der Techn. Hochschule Karlsruhe wird auf den 22. September, der Beginn des Vorlesungsbetriebs auf den 1. Oktober festgesetzt. Die Frist zur Immatrikulation endigt am 11. Oktober 1919. Das Semester schließt am 31. Januar 1920. Die Weihnachtsferien dauern vom 21. Dezember bis einschließlich 4. Januar.

Wohlf., Putz und Monatsfrauen-Versammlung. In unserem Bericht über die Versammlung wurde ausgeführt, daß die Versammlung einen Stundenlohn von 2 M nicht für zu hoch erachteten. Zur Ergänzung dessen wollen wir die aufgestellten Forderungen näher angeben, die sind: Bei einer Stunde Beschäftigung 1 M, bei zwei Stunden 90 Pfa. pro Stunde, bei drei und mehr Stunden 80 Pfa. die Stunde. In einer vom Hausfrauenbund veranstalteten Versammlung lehnten die Damen diese gewiß berechtigten Forderungen ab. Sie bestanden 60 Pfa. pro Stunde für hoch genug, da ja der Verdienst der Männer so furchtbar hoch sei. Dazu machten wir bemerken, daß der so „furchtbar hohe Verdienst der Männer“ nicht ausreicht, um den Familienunterhalt bestreiten zu können. Um letzteres zu ermöglichen, besorgen die Frauen Wohlf., Putz- und Monatsdienst. Wenn aber die gebietenden Herrschaften diese Arbeit so geringwertig einschätzen, können sie dieselbe ja selbst verrichten, vielleicht lernen sie dann die Arbeit der Monatsfrauen besser bewerten.

An den Monatsfrauen liegt es aber, ihre Forderungen durchzubringen. Damit dies aber möglich ist, ist es notwendig, daß sich alle Monats-, Putz- und Wäschefrauen zur Vertretung ihrer Interessen dem Rentatlerverband der Hausangehörigen anschließen.

Volksstämmliche Musikaufführungen im Stadtgarten finden heute abend von 7 1/2-11 Uhr vom Orchester-Verein statt.

Wohlfahrt wurden in einer Wirtschaft in der Südstadt hier 47 Pfund Minderfleisch, das auf Schlechthandelswegen in die Stadt gebracht und zu übermäßig hohen Preisen abgesetzt werden sollte. Die beiden Verkäufer, ein 49-jähriger Vater von Zeinstadt und ein 18 Jahre alter Schreiner von hier wurden festgenommen.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Adel; für den Angeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeigen.

- Karlsruhe.** (Arbeiter-Nachfahrerbund „Solidarität“.) **Samstag**, den 13. Juli, **Polakweide**, Frühchoppenlangert von 11-11 Uhr in der „Garnirinsballe“. **Morgens 7 Uhr** Frühbrotfahrt. **Abfahrt** vom Kriegerdenkmal. 4877 **Der Vorstand.**
- Karlsruhe.** (Naturfreunde.) **12. Juli** **Nachttour.** Abf. **Samstag** **Abend 5.45** Hauptbhf., nach Heidelberg. — **13. Juli** **Tages-** **tour.** Abf. **6.03** Hauptbhf. nach Ettlingen. 4863
- Karlsruhe.** (Naturfreunde.) **Heute abend 1. Vortrag** von Herrn **W. Schuster** über: **Der Mensch, seine Entwicklung** aus dem Tierreich. 4878
- Karlsruhe.** (Freiendör.) **Samstag**, den 13. Juli, **Ausflug** mit **Tanz** nach Ettlingen ins Jagdhaus. Hierzu laden wir unsere Mitglieber, sowie Freunde des Vereins freundlichst ein. **Abfahrt 2 Uhr** vom Hauptbahnhof. 4874 **Der Vorstand**

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Ein sehr nützliches politisches Buch!
Moderne Staats-Verfassungen
„Ihr Wortlaut und ihr Wesen“
von Dr. Karl Zuchardt
Wortlaut von sämtlichen wichtigsten Verfassungen
Bemerkungen über das Wesen der Verfassungen
Niemand wird dies Buch ohne Gewinn für seine politische Bildung aus der Hand legen.
Volks-Buchhandlung Adlerstr. 16
Porto 80 Pfennig. Preis geb. 6 Mk.

Ankunft unsont bei Schwerhörigkeit
Chirurgisch, nervösen Ursachernat.
üb. un. taufend- bewährt. patent- amtlich geschützt.
Hörtrümeln. Bequem und unsichtbar zu tragen.
Glänz. Anerkennungen. **Sanis-Versand** München 26 b.

Caschenuhren
auch reparaturbedürftig, **kauft** 4807
An- u. Verkaufsgeschäft
Levy, Markgrafstrasse 22.

Schöner blauer Knaben-Anzug
für 4-6-jährigen Jungen zu verkaufen. 4875
Adambeststraße 35.

Plechtenleiden
dauernde Bas. durch deutsches Reichspat. **Prosop. grat.** 4058Z
Wiltendorfer & Co., Stuttgart 204 a

Bettmäßen
Rein Bettmäßen mehr. **Alter u. Geschlecht** angeben. **Unkosten** unsont.
Vers. Medika la München S.W. 7.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor, und es werden überall **geschulte Kräfte gesucht** sein. Angehörige technischer Berufe und Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis der neuen Zeit sein muss. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Kernack-Hachfeld“. **Ausfuhr. 60 S. starkes Broschüre kostenlos.** **Bonnus & Hachfeld, Potsdam. Postfach 131**

Vor Beginn I. Ziehung

Preuß. 4368
südd. Klassen-Lotterie
15-16 Juli, **biete noch an:**
1/8 1/4 1/2 1/1 Teil
5,25 10,50 21.- 42.- M
für eine Klasse,
26,25 52,50 105.- 210.- M
für alle Klassen,
außerdem 3, 2 u. 1 Mk. Lose
für baldige Ziehungen.

Ludwig Göß
Wab. Lotterievernehmer
Gedelfstr. 11/15, 6. Rathhaus.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Geschlechtsungen. Th. Ledrode von Aruchting, Sergeant in Donaueschingen mit Elisabetha Proschauer von Heidelberg. Heinrich Mannor von Dringen, Hausmeister hier, m. Josefine Hoffmann von Albingabern. Josef Franz v. Oberhausen, Schmied hier, mit Emilie Pfeilmeier v. Oberhausen. Hermann Rodro von Schiebsdorf, Bismarckweber hier, mit Luise Fretsch von Leberstung. Nikol. Scheurich von Waffig, Postbote hier, mit Dorothea Müller von Kreuzwertheim. **Geburten.** Margarete Ottilie, Vater Gg. Oberhardt, Tagelöhner. Emma, Vater Joh. Ned. Bahnarbeiter. Alice, Vater Andr. Rädle, Maler. Emil, Vater H. Wärmann, Fabrikarbeiter. Gertrud Margilide Rina, Vater Joh. Scheuermann, Buchdrucker. Thili Elisabeth, Vater Friedrich Odenwald, Malchmitt. Erta Abdia, Vater Friedr. Neule, Fabrikarbeiter. Herbert Karl Johannes, Vater August Zimmermann, Sergeant. Karolina, Vater Aug. Waam, Schreiner. Margarete Friedr. Vater Frdrh. Hintermayer, Bautechnik etc.

7. ehemal. Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 13. Juli, vormittags 10 Uhr beginnend, in der Bränerlei Mündinger, Offenbürg

Wahlkreis-Konferenz

Tagesordnung:

- 1. Bericht vom deutschen Parteitag, Referent Parteisekretär Gen. Meier-Freiburg.
2. Presse.
3. Verschiedenes.

Wir bitten die Ortsvereine des Kreises recht zahlreich Delegierte zu entsenden. Auch wäre es sehr wünschenswert, wenn auch sonst eine größere Anzahl von Genossen und Genossinnen der Tagung beiwohnen würden.

Der Vorstand: Josef Winter. 4827

Achtung! Militärarbeiter! Achtung!

Sonntag, den 12. Juli findet nachmittags 1/3 Uhr in der Gewerkschaftszentrale Kaiserstr. 13 eine allgemeine

Militär-Arbeiterversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Schlussbericht über die stattgefundene Tarifbewegung. 4859
2. Verschiedenes.

Hierzu laden wir sämtliche im Artl.- und Train-Depot sowie Probiantamt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit der dringenden Bitte um vollzähliges Erscheinen möglichst ein.

Auch die Kollegen und Kolleginnen, welche in letzter Zeit infolge Arbeitsmangel entlassen wurden, sind eingeladen.

Wir bitten diese Einladung mündlich weiterzugeben. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, Ortsverbände Karlsruhe.

Sozialdem. Partei Rastatt.

Sonntag abend 7 Uhr findet im Ankersaal

Partei-Versammlung

statt. Genosse Minister Kemmle wird einen Vortrag halten über:

Die politische Lage.

Hierzu sind alle Mitglieder, Volksgenossen und Freunde unserer Sache zu zahlreichem Besuche herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit zufolge sind die Verwaltungen der

Städt. Bekleidungsstelle, die Bezugsstellen und das Kohlenamt

von vorn, 7 Uhr bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Der Verkauf der städt. Bekleidungsstelle findet nach wie vor von vormittags 10 Uhr bis 12 Uhr und nachmittags von 1/3 Uhr bis 6 Uhr statt.

Karlsruhe, den 10. Juli 1919. 4867
Städt. Bekleidungsstelle.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgb. Nr. 5244 a: o a 60 qm Hofraute und Hausgarten mit Gebäuden Wendtstraße 1.

Schätzung: 100 000 M. Versteigerungstagsfahrt: Mittwoch, 10. September 1919 vorm. 9 Uhr im Notariatsgebäude Akademiestraße 8, II. St.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 7. Juli 1919. 4864
Bab. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgb. Nr. 5245: 7 a 34 qm Hofraute und Hausgarten mit Gebäuden Wendtstraße 3.

Schätzung: 103 000 M. Versteigerungstagsfahrt: Mittwoch, 10. September 1919 vorm. 9 Uhr im Notariatsgebäude Akademiestraße 8, II. St.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 7. Juli 1919. 4865
Bab. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgb. Nr. 682: 3 a 18 qm mit vierstöck. Wohnhaus (Gehaus) Douglasstraße 8.

Schätzung: 100 000 M. Versteigerungstagsfahrt: Mittwoch, 24. September 1919 vorm. 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8, II. St.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 7. Juli 1919. 4863
Bab. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Obst-Verteilung.

In den Obstverkaufsgeschäften Nr. 24 bis 52 einschließlich

kommen heute, den 11. Juli Kirschchen zur Verteilung. Kopfmenge 2 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 2 zum Preise von 75 Pf. pro Pfund.

Karlsruhe, den 11. Juli 1919. 4876

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Arbeiter - Gesang - Vereine
Bruderbund-Eintracht

Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr
„Stadt Karlsruhe“, Rheinstr., Mühlburg

Große kombinierte
General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Gründung des Arbeiter-Gesang-Vereins
Volkshor Karlsruhe-West.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder beider Vereine (aktiv und passiv) ist Pflicht. 4850

Im Anschluß gemütliches Beisammensein.

J. M.: Der kombinierte Ausschuh.

Mitteldeutsche Creditbank

Aktien-Kapital u. Reserven
::: 69 Millionen Mark :::

Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 96

In unserem neuen Bankgebäude befindet sich eine mit allen Sicherungen der modernen Technik versehene

Stahlkammer

Die darin befindlichen, unter Mitverschluss der Mieter stehenden gepanzerten Schranktüren (Safes) werden zu mäßigen Gebühren vermietet.

Mietpreis für ein Jahr je nach
Größe Mk. 6.- bis Mk. 60.-

Die Besichtigung der Stahlkammer ist Interessenten jederzeit gestattet

Nebenverdienst!
Erl. Hilfe beim Aufbau der Erl. Danerbes, hohes Einkommen! Keine Verjährung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ausdrückliche Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 50. von Adresse: Schleierbach 121, Dresden-N. 1.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 4768
72 Millionen Mark.
Erneuerung und 1/2 1/2 1/2 1/2
Kauflosel. Klasse I. 5.25 10.50 21.- 42.-
Loose für alle Klassen 26.25 52.50 105.- 210.-
Ziehung I. Klasse 15. und 16. Juli 1919.
Loose in großer Auswahl vorrätig bei
Lotterie-Einnehmer Pecher, Birkel 30
Gewerbe- u. Forsthausbau, gegenüber d. Bad. Presse

Klubhaus

Schwerbau an der Rintheimerstraße, eine eigene Ladentheke, altes Klavier und eiserner Kaminofen zu verkaufen, anzusehen abends von 4-5 Uhr. Offerten an

Willy Herwig,
Rintheim - Gruststraße 51.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Fundfachen Betr.
Am Monat Juli 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:

1 Brosche, 1 Damenuhr, 1 Uherring, 1 Halskettchen, 1 Anhänger, 1 Damenuhr, 1 Anhänger, 1 Anhänger mit Bild, 1 Brosche mit Bildern, 1 Herrenuhr, 1 goldene Damenuhr, 1 Schlüsselbund, 1 Handtäschchen, 1 Sparring, 1 Stahlhose, 1 Damenhut, 1 Schammlöffel, 1 Nadel, 1 Schlüssel, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 Federkasten, 1 Handtäschchen, 1 Gummireif, 2 große Schlüssel, 1 Saarpolster, 1 Handtasche, 1 Kinderstrobhut, 1 Isth. Gebetbuch, 1 Handwagen, 1 Fahrrad, 1 Täschchen mit Geldinhalt, 1 Mäppchen, 1 Taschentuch, 1 Taschenmesser, 1 Briefmarken a 5 Pf., 1 Pivider, 1 Lederhülle, 1 Handtäschchen, 1 Buch, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 Briefumschlag mit Geld, 1 Paar Handschuhe, 1 Hut, 1 Eichenlaubkranz, 1 Schlüsselbund, 1 grauer Handschuh, 2 Sicherheitschlüssel, 1 Schlüssel und Schlüsslein, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld: 20 Mk., 5 Mk., 3 Mk., 15 Mk., 12 Mk., 20 Pf.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21 des Bezirksamtsgebäudes (Eingang Hebelstraße) abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadtgemeinde über. 4850

Karlsruhe, den 5. Juli 1919.

Bezirksamt - Polizeidirektion. O. 3. 208

Städtische Spar- u. Pfandleihkasse Karlsruhe

Zur Durchführung der ungeteilten Arbeitszeit bleiben unsere Kassen und Geschäftsräume mit Wirkung vom 14. Juli l. J. ab nur noch wie folgt für den Verkehr geöffnet:

In der Zeit vom 15. April bis 15. September von morgens 7 Uhr bis mittags 1 Uhr, in der Zeit vom 16. September bis 14. April von morgens 8 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Nachmittags bleiben die Kassen geschlossen. Karlsruhe, den 9. Juli 1919. 4844

Städtisches Sparkassenamt.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. Freitag, d. 11. Juli 1919, abends v. 7 1/2 - 11 Uhr

Volksmäßige Musik-Aufführungen

des Orchester-Vereins, Karlsruhe. 4860

Leitung: Herr Kapellmeister Karl Krohne. Eintrittspreise wie bekannt, ausgl. 5 Pf. Zust. für den Steuer.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 11. Juli 1919 4869

Die Czardásfürstin

Operette in 3 Akten von Leo Stein und Béla Jenbach, Musik von Emmerich Kálmán.

Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.

Herren- u. Damenstoffe

Von der Handwerkskammer zugeweiht, geben zu den festgesetzten Preisen ab

Schröder & Fränkel,

Kaiserstr. 211. Kaiserstr. 211.

Gesucht

für hier und auswärts gut empfohlene

Köchinnen 4708

Beiköchinnen

Zimmer- u. Hausmädchen

Küchenmädchen sowie

Büffetfräuleins

Zeugnisse mit Bild an:

Städt. Arbeitsamt

Fachabteilung für das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe

Jähringerstr. 98, Erdgesch. Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr.

M.T.K.-Budapest

ungarischer Fußballmeister

spielt am nächsten Mittwoch

gegen

K. F. V.

4871